

# Fragen zur Zukunft der öffentlichen Universitäten an die wahlwerbenden Parteien, Bewegungen und Listen im österreichischen Nationalratswahlkampf 2024

Gestellt von NUWiss | Netzwerk Unterbau Wissenschaft

Österreichs öffentliche Universitäten, an denen zurzeit mehr als 64.000 Personen beschäftigt sind,<sup>1</sup> erfahren eine steigende mediale Aufmerksamkeit, die zunehmend von Kontroversen und Ambivalenzen geprägt ist. So ist Österreich einerseits stolz auf die Leistungen hiesiger Wissenschaftler:innen, wozu die Verleihung der Physik-Nobelpreise an Anton Zeilinger (2022) und Ferenc Krausz (2023) entsprechend Grund und Anlass bot. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren mehrfach junge Wissenschaftler:innen auf die Straße gegangen, um auf zunehmend unerträgliche Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Die jüngsten Diskussionen entzündeten sich an der Frage, inwieweit die von OECD, EU-Kommission und EU-Rat dringlich eingeforderten Maßnahmen gegen die sinkende Konkurrenzfähigkeit des europäischen Forschungsraums (Braindrain, sinkende Innovativität usw.) von der österreichischen Politik ernstzunehmen und umzusetzen sind.<sup>2</sup> Dabei sind es gerade die von den EU- und OECD-Empfehlungen adressierten Kernprobleme (Personalpolitik, Leistungsmessung, Governance & Management), bezüglich derer, weil umstritten, wirksame Maßnahmen ausständig sind.

Um diese Spannungsfelder zu bewältigen und sicherzustellen, dass die österreichische Hochschul- und Forschungslandschaft weiterhin in der Lage ist, die von ihr erwarteten Leistungen für die österreichische Gesellschaft zu erbringen, sollte den öffentlichen Universitäten in der kommenden Regierungsperiode verstärktes Augenmerk gewidmet werden. Denn Politik und Gesellschaft stehen mit der aktuellen Kumulation historischer Umbrüche vor den größten Herausforderungen der letzten 150 Jahre. Klimawandel, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, politische und soziale Polarisierung, Migration und demografischer Wandel, antidemokratische und postfaktische Tendenzen, geopolitische und ökonomische Machtverschiebungen mit wachsender Kriegsgefahr – die Herausforderungen sind groß und zahlreich, deren Ursachen und Wirkungen miteinander verflochten. Ebendies verlangt mehr denn je komplexe Kompetenzen, Strukturen und Antworten. Österreichs öffentliche Universitäten sind an der Schnittstelle des Forschungs-, Bildungs- und Innovationssystems angesiedelt und dem Wohl der österreichischen Gesamtgesellschaft, ihrer Politik und Öffentlichkeit verpflichtet. Sie erbringen essenzielle, systemische Schlüsselleistungen, die angesichts der Komplexität der aktuellen Herausforderungen unseres Erachtens unverzichtbar und nicht ersetzbar sind.

Das Netzwerk Unterbau Wissenschaft – kurz NUWiss ([www.nuwiss.at](http://www.nuwiss.at)) – wird den Mitarbeiter:innen der öffentlichen Universitäten im September eine „Wahlkabine“ zur Verfügung stellen, die es ermöglicht, sich über die hochschulpolitischen Standpunkte der zur Wahl stehenden Parteien, Listen und Gruppierungen zu informieren. Wir interessieren uns hier für Ihre Stellung zu Grundsatzfragen wie auch für Ihre Einschätzung konkreter Problemlagen. Angesichts des Umstands, dass in den letzten vier Jahren ein einschneidender

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die letzten verfügbaren Daten in [Statistisches Taschenbuch – Hochschulen und Forschung 2023 \(unidata.gv.at\)](https://www.unidata.gv.at).

<sup>2</sup> Vgl. OECD (2024): The state of academic careers in OECD countries: An evidence review, *OECD Education Policy Perspectives*, No. 91, OECD Publishing, Paris ([Link](#)); OECD (2021): Reducing the precarity of academic research careers, *OECD Science, Technology and Industry Policy Papers*, No. 113 ([Link](#)); EU-Kommission: Vorschlag für eine EMPFEHLUNG DES RATES über einen europäischen Rahmen zur Gewinnung und Bindung von Talenten in den Bereichen Forschung, Innovation und Unternehmertum in Europa, Juli 2023 ([Link](#)); EU-Rat: COUNCIL RECOMMENDATION on a European framework to attract and retain research, innovation and entrepreneurial talents, Brüssel: Dezember 2023 ([Link](#)). – Siehe auch die prämierten Essays, die auf die ÖAW-Preisfrage 2024 antworten: „Ist Österreich ein guter Forschungsstandort?“ ([Link](#)).

forschungs- und universitätspolitischer Kurswechsel stattgefunden hat, interessieren wir uns schließlich ganz besonders für Ihre Vorhaben in der bevorstehenden Legislaturperiode.

Wenn Ihnen eine bestmögliche Forschungs-, Hochschul- und Bildungspolitik ein Anliegen ist und die Positionen Ihrer wahlwerbenden Bewegung in unserer „Wahlkabine“ aufscheinen sollen, übermitteln Sie uns bitte Ihre Antworten zu den untenstehenden Fragen **bis 5. September 2024**. Parallel berichten wir über die Fortschritte und Ergebnisse unserer Bemühungen um politische Statements über Social Media, unseren Newsletter und in einem „**Wahlkampf-Live-Ticker**“ auf unserer Website.

## **1. Funktionen und Aufgaben der öffentlichen Universitäten**

---

- a) Österreichs öffentliche Universitäten unterscheiden sich von anderen Hochschultypen dadurch, dass ihre Leistungen dem Wohl der Gesamtgesellschaft – der Allgemeinheit – zu dienen haben. Wie würden Sie diesen „**öffentlichen Auftrag**“ der öffentlichen Universitäten beschreiben? Welche Funktionen, Aufgaben und Leistungen erachten Sie als zentral?

*Für die KPÖ ist Bildungspolitik immer vor allem Sozialpolitik. Die öffentlichen Universitäten in Österreich sollten daher, da sie von öffentlicher Hand finanziert werden, im Idealfall der Allgemeinheit als (Aus-)Bildungsort, Lernort, sozialer Ort und Platz zur Selbsterfahrung dienen. Das können sie gerade allerdings nur zum Teil, weil sie von der öffentlichen Hand nicht die nötige finanzielle Zuwendung erhalten.*

- b) Historiker:innen haben die Schlüsselrolle des europäischen Modells öffentlicher Universitäten für die Herausbildung offener, aufgeklärter, demokratisch-rechtsstaatlicher Gesellschaften und für den Erfolg des europäischen Modells sozialer Marktwirtschaft überzeugend nachgewiesen. Sind diese **gesamtgesellschaftlichen Systemleistungen** der öffentlichen Universitäten Ihres Erachtens noch aktuell? Sind sie weiterhin sicherzustellen, zu stärken oder abzubauen? Sehen Sie Veränderungsbedarf in inhaltlicher Hinsicht?

*Am System öffentlicher Universitäten darf unserer Meinung nach nicht gerüttelt werden. Der freie und offene Hochschulzugang an öffentlichen Universitäten kann ein wesentlicher Baustein am Weg hin zu einer demokratischeren und sozialeren Gesellschaft sein. Gleichzeitig wird bereits seit vielen Jahren daran gearbeitet, den Universitäten ihren sozialen Faktor zu nehmen. Waren Universitäten nach der schrittweisen Öffnung in den 80ern eine Zeit lang ein Ort an dem Menschen aus nicht so wohlhabenden Familien, first generation & working class students Fuß fassen konnten, so werden mit den Reformen der letzten Jahre und Jahrzehnte Leistungsdruck und die reine Konzentration auf die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt immer mehr zum Problem.*

- c) In der laufenden Legislaturperiode wurde der Umbau der öffentlichen Universitäten zu „**Forschungsuniversitäten**“ beschlossen und eine möglichst weit gehende Trennung von Forschung und Lehre innerhalb des Universitätspersonals als auch zwischen verschiedenen Hochschultypen forciert. Hierfür wird immer mehr Lehre von den Universitäten an die Pädagogischen und Fachhochschulen abgegeben, während ‚reine‘ Forschende systematisch von der Ausbildung der nächsten Generation ‚befreit‘ werden. Die (im Durchschnitt) zunehmend schlechter bezahlten Lehrenden werden wiederum von der Forschung befreit, die für sie durch die konstante Steigerung ihres Workloads auch nahezu unmöglich wird. Als Folge dieser Entscheidungen sinkt aktuell das durchschnittliche Qualifikationsniveau (Ausbildungsgrad, Forschungsleistung) der Lehrenden, was durch weitere Maßnahmen der **Abwertung der Lehre** gefördert wird. Die Differenzierung in (primär) Lehrende und Forschende führt im Einzelfall nicht zwingend zu einem Qualitätsverlust der Lehre. Betrachtet man allerdings Durchschnittswerte und berücksichtigt man, dass

die neu eingeführte Mindeststudienleistung zusätzlichen Druck zur Senkung des Anforderungsniveaus an Studierende ausübt, ergibt sich ein dramatischeres Bild: Dann wurde in den letzten Jahren eine gefährliche Abwärtsspirale ausgelöst, die unausweichlich zum **Sinken des gesamtgesellschaftlichen (Aus-) Bildungsniveaus** führt. Wie schätzen Sie diese Problematik ein? Sehen Sie hier Interventionsbedarf? Wenn ja, was schlagen Sie vor?

*Als KPÖ lehnen wir die Förderung von Pädagogischen und Fachhochschulen nicht ab, im Gegenteil. Eine größere Förderung und gesellschaftlich breitere Anerkennung dieser Hochschultypen darf allerdings nie auf Kosten der öffentlichen Universitäten gehen. Öffentliche Universitäten sind kein Ort für eine Berufsausbildung, sondern Orte der Forschung und Bildung. Es braucht daher aus unserer Sicht eine Aufwertung von Lehre und Forschung sowie eine Abkehr von Mindeststudienleistungen und Leistungsvereinbarungen, die Universitäten nur dazu drängen, Studierende schneller durchs Studium zu jagen, um Förderungen zu bekommen. Wir fordern eine Basisfinanzierung der öffentlichen Universitäten und 2 Prozent des BIP für Wissenschaft und Forschung.*

d) Die Verschränkung von Forschung und Lehre ist im aktuellen Universitätsgesetz auch deshalb zwingend vorgesehen, weil sie ein angemessenes Wissen der Lehrenden über aktuelle Entwicklungen in der Forschung sicherstellt. Durch die zunehmende Abschaffung „forschungsgeliteter Lehre“ wird nun allerdings das aus den Schulen bekannte Problem (teils jahrzehntelang) veralteter Lehrinhalte in die Hochschulen getragen: Das Problem überholter, überflüssiger oder fehlender Lehrinhalte infiltriert nun auch die Spitze des österreichischen Bildungssystems. Es löst hier deutlich größere Multiplikatoreffekte als im Schulsystem aus, da nun die **Qualität der Ausbildung der Ausbilder:innen** – der Lehrkräfte im Elementar- und Sekundarbereich, in Pädagogischen und Fachhochschulen, Berufsschulen usw. – betroffen ist und eine nicht aufzuhaltende **Abwärtsspirale** in Bewegung setzt. Wie stehen Sie dazu, dass die öffentlichen Universitäten von ihren Aufgaben an der Spitze des österreichischen Bildungssystems zunehmend abgezogen werden? Bis zu welchem Punkt (falls überhaupt) lassen sich die negativen Folgen dieser politischen Entscheidung für das österreichische Bildungssystem, den österreichischen Arbeitsmarkt und das gesamtgesellschaftliche (Aus-) Bildungsniveau Ihres Erachtens sachlich rechtfertigen?

*Diese Entwicklungen sind nicht zu rechtfertigen. Die öffentlichen Universitäten dürfen kein Ausbildungsort für die Marktwirtschaft sein, sondern sind Ort für Forschung. Eine reine Berufsausbildung ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Universitäten und schadet langfristig auch dem gesamtgesellschaftlichen Bildungsniveau.*

e) Das Prinzip forschungsgeliteter Lehre wurde auch deshalb gesetzlich verankert, weil es als optimaler Weg zur bestmöglichen **Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses** gilt und damit mittel- und langfristig zur höchstmöglichen Qualität der hiesigen Forschung beiträgt. Flächendeckende forschungsgelitete Lehre bedeutet nämlich, dass nicht erst im MA- oder PhD-Studium, sondern bereits in den ersten Studiensemestern hochqualifiziertes Personal eingesetzt und bestmögliche Lehre sichergestellt wird. Wie stehen Sie dazu, dass aktuell ein entgegengesetzter, von Bildungswissenschaftler:innen einhellig kritizierter Weg eingeschlagen wird?

*Die KPÖ steht hinter dem Konzept der forschungsgeliteten Lehre und sieht daher die schrittweise Abkehr von diesem Weg äußerst kritisch.*

f) Österreichs öffentliche Universitäten wurden auch deshalb gesetzlich zu forschungsgeliteter Lehre verpflichtet, um die von ihnen erwartete spezifische, **der „Öffentlichkeit“ dienende Ausrichtung der Forschung** sicherzustellen: Forschungsgelitete Lehre fördert durch den direkten Kontakt aller Forschenden mit den nachfolgenden Generationen Forschungsfragen, die an der Entwicklung und am Wohl der Gesamtgesellschaft orientiert sind. Sie stärkt die Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Verantwortung,

sichert schnellstmögliches Reagieren auf neue Herausforderungen und verhindert die Rückkehr zur (schon mehrfach gescheiterten) **Forschung im ‚Elfenbeinturm‘**. Für wie relevant halten Sie diese positiven Effekte forschungsgeleiteter Lehre?

*Diese positiven Effekte dürfen nicht unterschätzt werden. Forschung & Lehre müssen immer am Wohl der Gesamtgesellschaft orientiert sein, da sie aus öffentlicher Hand gefördert werden. Eine immer stärkere Abkehr von diesen Prinzipien, verbunden mit der Verschulung von Universitäten und einer finanziellen Schiefelage an den Universitäten führt bereits jetzt auf einen falschen Weg.*

- g) Zur Verteidigung der Entkopplung von Forschung und Lehre wird der Begriff der (akademischen) Bildung neuerdings wieder auf die heillos **überholten Konzepte des Wissenstransfers und der Wissensanhäufung** reduziert. Die schnellen Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz verlangen allerdings eine ehestmögliche, fundierte Weiterentwicklung aktueller (!) Bildungsbegriffe. Die Herausforderung des Forschungs- und Bildungssystems durch **KI-gesteuerte Systeme** sollte nicht ignoriert werden. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

*Die KI-Problematik darf nicht mit Scheuklappen betrachtet werden. Universitäten müssen auch hier die Möglichkeit erhalten, mit öffentlicher Finanzierung diese Entwicklung weiter intensiv zu forschen. Gleichzeitig darf auch der Einfluss von KI auf die Lehre nicht unterschätzt werden. Hier braucht es einen offenen Umgang mit dieser Entwicklung statt kurzsichtiger Verbote.*

- h) Um die aktuelle Tendenz zur Entkopplung von Forschung und Lehre zu legitimieren, müsste eine **Korrektur des Universitätsgesetzes** erfolgen. Wie stehen Sie dazu?

*Die KPÖ steht einer Änderung des UG positiv gegenüber.*

## **2. Stellenwert der öffentlichen Universitäten**

---

- a) In der laufenden Legislaturperiode wurde die **Verkleinerung der öffentlichen Universitäten** zugunsten der Pädagogischen und Fachhochschulen beschlossen und in Angriff genommen. Wie stehen Sie zu dieser Entscheidung? Welchen **Stellenwert** (Größe, Budget, rechtliche Aspekte) sollen öffentliche Universitäten Ihres Erachtens in Zukunft **im österreichischen Hochschulsystem** einnehmen?

*Innerhalb des österreichischen Hochschulsystems darf es durch die fehlende Finanzierung von Regierungsseite nicht zu einem Konkurrenzdenken zwischen einzelnen Hochschultypen kommen. Es braucht eine ausreichende, öffentliche Finanzierung des Bildungssektors statt ständiges Bangen ob der nächsten Leistungsvereinbarung. Klar ist aber natürlich, dass ob ihrer Größe und wegen ihres wichtigen öffentlichen Auftrages die öffentlichen Universitäten einen hohen Stellenwert genießen müssen.*

- b) Das Ergebnis der letzten Nationalratswahl führte zu einer **Verringerung des Stellenwerts der öffentlichen Universitäten in Politik und Verwaltung**. Statt wie bisher Hochschulpolitik und Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik (FTI-Politik) als gleichwertige, miteinander komplex verflochtene Aufgaben wahrzunehmen und ihre unterschiedlichen Ziele und Potenziale aufeinander abzustimmen, wurde in Gesetzgebung und Verwaltungspraxis die Hochschulpolitik der FTI-Politik und deren Zielsetzungen untergeordnet. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Neuordnung allerdings die systemrelevanten Schlüsselfunktionen der öffentlichen Universitäten: ihre Leistungen an der Schnittstelle des Forschungs-, Bildungs- und Innovationssystems sowie ihre Ausgleichs- und Vermittlungsfunktion zwischen Politik, Öffentlichkeit und gesamtgesellschaftlichen Interessen. Nicht berücksichtigt wurden infolgedessen die qualitätssichernden Effekte dieser Schnittstellen- und Vermittlungsleistungen zugunsten der Nachhaltigkeit und Zukunftstauglichkeit politischer Entscheidungen einerseits, Forschungs- und Technologieentwicklungen andererseits.

Bis auf marginale, nicht näher ausgeführte Erwähnungen („Vertrauen in Demokratie stärken“) sind in der aktuellen Hochschulplanung auch die fundamentalen systemischen Leistungen öffentlicher Universitäten in der Geschichte der Demokratisierung, der Aufklärung und des Erfolgs der sozialen Marktwirtschaft als Werte und Ziele nicht mehr zu finden. Auch in struktureller Hinsicht erschwert die **Unterordnung der Universitäts- unter die FTI-Politik** zentrale, zukunftsrelevante Schnittstellen-Leistungen der öffentlichen Universitäten und behindert damit das bestmögliche Erfüllen ihres öffentlichen Auftrags. So ermöglichte die Gleichrangigkeit der FTI- und Hochschulpolitik die Optimierung, Qualitätssicherung und gesteigerte Nachhaltigkeit beider Systeme durch wechselseitige Inputs und Korrekturen sowie durch – zu Recht – konkurrierende Bewertungsmaßstäbe (Wirtschaftsförderung versus Allgemeinwohl/ Bildung/ Umwelt usw.). Die hierarchische Neuordnung beider Handlungsfelder blockiert diese Feedbackschleifen jedoch und verspielt deren Potenziale. Wie stehen Sie zu diesem jüngst vorgenommenen Kurswechsel? Wie sehen Sie dessen Vor- und Nachteile?

*Die KPÖ sieht diese Entwicklung kritisch und negativ. Die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der öffentlichen Universitäten dürfen nicht unterschätzt werden.*

- c) Der aktiv reduzierte Stellenwert der öffentlichen Universitäten in der österreichischen Politik und Verwaltung beinhaltet ein weiteres Risiko, indem er ein aktuell wachsendes gesellschaftliches Problem verstärkt: Die Umformung der öffentlichen Universitäten zu FTI-orientierten „Forschungsuniversitäten“ verdrängt diese nicht nur von ihrem bisherigen Platz in der Mitte der Gesellschaft. Sie verringert auch die Verpflichtung zur Orientierung am gesellschaftlichen Allgemeinwohl sowie zur bestmöglichen, breiten Erfüllung des öffentlichen Auftrags. Damit übt die **aktuelle Umstrukturierung der Hochschullandschaft** eine **problematische Signalwirkung** aus. Denn Wissenschaft basiert zwar auch auf dem Sammeln und Teilen von Faktenwissen. Ihr Grundprinzip und Erfolgsgeheimnis ist allerdings der rationale, evidenzbasierte, Begründungen erfordernde Austausch zwischen konkurrierenden Positionen (Theorien, Methoden, Forschungsergebnisse) und der Anreiz zur Lösung der in diesem Austausch sichtbar werdenden, offenen Fragen. Der gesenkte Stellenwert der öffentlichen Universitäten in der österreichischen Politik hat aufgrund dessen weitreichende Folgen für den Stellenwert von Bildung, Aufklärung und egalitär-demokratischem Kommunizieren und Handeln in der österreichischen Gesamtgesellschaft. Der entscheidende Punkt ist, dass die Abwertung fundamentaler europäischer Grundwerte und Erfolgsprinzipien mit der jüngsten hochschulpolitischen Neuausrichtung an der Spitze der Gesellschaft angekommen ist. Mit ihrer Abwertung des europäischen Modells öffentlicher Universitäten übt die aktuelle Forschungs- und Hochschulpolitik eine Vorbildfunktion aus, die angesichts der auch in Österreich wachsenden **Demokratie- und Wissenschaftsskepsis** als verheerend bezeichnet werden muss. Auch aufgrund der *strukturellen Verankerung* dieser Abwertung demokratischer und wissenschaftlicher Grundprinzipien ist nicht damit zu rechnen, dass PR-Maßnahmen zugunsten des „Vertrauens in Demokratie und Wissenschaft“ nachhaltige Wirksamkeit zeigen werden. Wie schätzen Sie diese Zusammenhänge ein? Sehen Sie in der nun von der Spitze der Gesellschaft ausgehenden, strukturell verankerten Abwertung wissenschaftlicher und demokratischer Werte und Praktiken ein Risiko, das hingenommen werden muss? Oder sehen Sie hierin ein zu lösendes Problem? Wenn ja, welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

*Die zunehmende Demokratie- und Wissenschaftsskepsis sieht die KPÖ besonders negativ. Ihr kann aber nur dann erfolgreich begegnet werden, wenn öffentliche Universitäten tatsächlich ihrem öffentlichen Auftrag nachkommen können. Unterfinanzierte Universitäten, die immer mehr zum reinen Ausbildungsort werden und zunehmend unter politischem Einfluss stehen, können kaum aktiv gegen Wissenschaftsskepsis kämpfen.*

- d) Exemplarischer und signifikanter Ausdruck des verringerten Stellenwerts der öffentlichen Universitäten in der österreichischen Politik und Verwaltung ist die unlängst erfolgte **Abschaffung des Österreichischen**

**Wissenschaftsrats** (ÖWR). Dieser war ein unabhängiges Gremium aus Hochschulexpert:innen, das auch Kritik übte, wenn parteipolitische Interessen über das Allgemeinwohl gestellt wurden. Offiziell handelt es sich um keine Auflösung dieses Rats, sondern um dessen Fusionierung mit dem ehemaligen Rat für Forschung und Technologieentwicklung (FTE-Rat) zum nunmehrigen Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT). Allerdings ist der neue FORWIT-Rat wiederum durch eine deutliche Dominanz der FTI- über Hochschulagenden gekennzeichnet, was mit der angeblich notwendigen Beseitigung ineffizienter Parallelstrukturen begründet wurde. Entscheidend ist, dass bei der ‚Zusammenlegung‘ der beiden Räte nach derzeitigem Wissensstand eine Weiterführung der bisherigen wissenschaftsbasierten Beratung von Regierung und Verwaltung in hochschulpolitischen Fragen nicht gesichert ist. Ob eine **Fortführung der vom Österreichischen Wissenschaftsrat erbrachten Leistungen** (Studien, Analysen, Empfehlungen) in gleichbleibender wissenschaftlicher (!) Qualität und mit gleichbleibender hochschulspezifischer Ausrichtung erfolgen wird, ist bislang ungeklärt. Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit einer unabhängigen, institutionalisierten, wissenschaftlichen Beratungsleistung in Hochschulfragen? Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit, einer wissenschaftsbasierten Politikberatung in hochschulspezifischen und FTI-spezifischen Angelegenheiten einen gleich hohen Stellenwert einzuräumen?

*Unabhängige wissenschaftliche Beratungsleistung nimmt für die KPÖ einen hohen Stellenwert ein. Es ist kritisch festzustellen, dass die aktuelle Regierung parteipolitisch unabhängige Institutionen abschafft, während der parteipolitische Einfluss auf Leitungsgremien der öffentlichen Universitäten stetig zunimmt.*

### 3. Leistungsmessung und Rankings

---

a) Die negativen Effekte der aktuell dominierenden **internationalen Universitäten-Rankings** (THE-, QS-, Shanghai-Ranking) – ihre innovationshemmenden, qualitätsmindernden und motivationsfeindlichen Auswirkungen – stehen wissenschaftlich inzwischen außer Frage: Ihre Messkriterien fördern Mainstreamforschung, die rein taktische Orientierung an ‚Trends‘, die möglichst marginale, unaufwändige Variation vorangegangener Arbeiten („inkrementelle Forschung“) sowie schmale, gängige und risikoarme Projektdesigns. Zugleich bremsen sie beilegermaßen die erwünschte „innovative Forschung“, da die Positionierung in neuen Forschungsfeldern oder Forschungslücken durch die Bedeutung quantitativer Bewertungen (Zahl der Publikationen, Zitationen usw.) zu einem existenziellen Risiko geworden ist. Renommiertere europäische Universitäten hören deshalb zunehmend auf die diesbezüglichen Warnungen wissenschaftlicher und politischer Institutionen (OECD, EU usw.): Sie steigen aus den Rankings aus und ersetzen sie durch Wege der Leistungsmessung, die sich an der europäischen *Coalition on Reforming Research Assessment* (CoARA) orientieren und auf die Verstärkung qualitativer und breiterer Bewertungsmethoden setzen (z.B. Berücksichtigung von Lehre, Nachwuchsbetreuung, öffentlichem Engagement usw.). Die österreichische Universitätspolitik geht hier zurzeit den entgegengesetzten Weg, indem sie verbesserte Platzierungen im THE-Ranking zum obersten universitätspolitischen Ziel und Maßstab erhebt. Wie stehen Sie zu dieser Entscheidung? Welche Lösung sehen Sie für das Problem, dass die genannten Rankings in internationaler Hinsicht ein **Auslaufmodell** darstellen?

*Diese Entscheidung reiht sich ein in die leistungsorientierte Universitätspolitik in Österreich, die durch jede UG-Novelle der letzten Jahre vorangetrieben wurde. Die KPÖ sieht leistungsorientierte Rankings als kein geeignetes Mittel der Bewertung von Hochschulen.*

b) Die genannten Rankings orientieren sich mit ihren schlichten, auf möglichst leicht verfügbaren Daten aufbauenden Messkriterien an einem **universitären Idealmodell**: Dies sind insbesondere angloamerikanische Universitäten, die anstelle staatlicher Finanzierung von privaten Sponsor:innen und zahlungskräftigen Stu-

dierenden (hohe Studiengebühren) abhängig sind. Sie weisen einen möglichst engen, naturwissenschaftlichen Schwerpunkt, möglichst geringen Lehranteil und eine möglichst geringe Verflechtung mit der Gesamtgesellschaft auf und sind an keinen öffentlichen Auftrag gebunden. Optimale Rankingplatzierungen verlangen eine Annäherung an dieses willkürliche, einseitige Idealmodell. Sie verlangen Umstrukturierungen, die mit dem europäischen Modell öffentlicher, der Gesamtgesellschaft dienender Universitäten nicht vereinbar sind. Wie sehen Sie diese Problematik?

*Wie bereits ausgeführt, lehnt die KPÖ solche Rankings ab. Ein Unterordnen des Wohlergehens von Studierenden und Lehrenden zugunsten einer besseren Bewertung von heimischen Universitäten in leistungsorientierten Rankings ist für die KPÖ eine völlig falsche Entwicklung. Wenn überhaupt sollten Rankings vor allem den öffentlichen Nutzen und das positive Forschungsfeld sowie Arbeitsbedingungen von Angestellten vergleichen.*

- c) Die dominierenden internationalen Universitäten-Rankings verdanken ihre Bedeutung ihrer Nützlichkeit für das Marketing der hiervon profitierenden, dem ‚Idealmodell‘ entsprechenden Institutionen. Dies ist nachvollziehbar, da diese aufgrund fehlender staatlicher Finanzierung von finanzstarken (internationalen) Studierenden und Sponsor:innen abhängig sind. Für Österreichs öffentliche Universitäten spielen diese **Marketing- und PR-Ziele** jedoch keine Rolle. Die alljährlichen Ranking-News führen zwar zu regelmäßigen Medienmeldungen. Allerdings sind Medienberichte über die irreführenden und irrationalen Zahlenspiele dieser Rankings inzwischen ebenso häufig. Welche Ziele lassen sich Ihres Erachtens mit universitärem Marketing via Rankings realiter erreichen? Was kann die erhoffte „**Sichtbarkeitssteigerung**“ Ihres Erachtens konkret bewirken?<sup>3</sup>

*Wenn die derzeitigen leistungsorientierten Rankings weiterhin dominieren, ist hierdurch kein Vorteil für österreichische Universitäten zu erkennen. Ein schlechtes Abschneiden sorgt durch die mediale Debatte für schlechtes Marketing, während ein gutes Abschneiden eigentlich nur durch noch mehr Leistungsdruck schafft. Österreichische Universitäten sollten sich an solchen Rankings nicht beteiligen.*

- d) Die Etablierung eines Ranking-Idealmodells führt zur Minderbewertung und Benachteiligung von Universitäten mit abweichenden Strukturen und Zielen. Dieses Problem betrifft u.a. die in Österreich verbreiteten, breit gefächerten „**Volluniversitäten**“, die interdisziplinäre Forschung erleichtern und den Studierenden die Möglichkeit für selbstgewählte, flexible Kombinations-, Doppel- oder Mehrfachstudien eröffnen. Betroffen von der rankinginduzierten, verzerrenden Leistungsmessung sind auch Einrichtungen mit starken rechts-, sozial- oder kulturwissenschaftlichen Fakultäten, die durch ihren vergleichsweise hohen Fokus auf konkrete Gesellschaften, Sprachen, Kulturen, regionale oder nationale Räume notwendig geringere Zitationsraten aufweisen als die abstrakteren MINT-Disziplinen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) und die medizinischen Fächer. Für wie weitreichend halten Sie die Folgen dieser verzerrten Leistungsmessung? Wie bewerten Sie den Umstand, dass Universitäten – ausschließlich **zugunsten verbesserter Rankingplatzierungen** der Gesamtuniversität – **bestimmte Disziplinen und Fachbereiche** zugunsten anderer gezielt **verkleinern**? Ist die Möglichkeit, solche Umschichtungen ohne sach-

---

<sup>3</sup> Der vielzitierte „Wettbewerb um die besten Köpfe“ spielt im Bereich der Studierenden nur eine marginale Rolle, da in der Wahl des Studienorts andere Kriterien dominieren (Sprache, Fach, Aufenthaltskosten, Studiengebühren, Lebensqualität, soziales Umfeld usw.). Für Stellenbewerber:innen sind Universitäten-Rankings nahezu gänzlich irrelevant. Abgesehen davon, dass auch sie ‚Standorte‘ stark nach den genannten außeruniversitären Kriterien bewerten (Lebensqualität usw.), wissen Forscher:innen über die Qualität der für sie interessanten Departments generell sehr gut Bescheid oder können sich hierüber schnell korrekt (!) informieren. Denn ‚Qualität‘ lässt sich zwar sehr schwer quantitativ messen. Unter aktiv Forschenden führt die Frage nach der Qualität konkreter Einzelleistungen oder Departments jedoch nur sehr selten zu stark voneinander abweichenden Einschätzungen. Qualität lässt sich im Wissenschaftsbereich leichter feststellen, als zumeist angenommen.

liche Rechtfertigung vorzunehmen, angesichts der ausschließlich negativen, teils irreversiblen Folgen für die österreichische Forschungs-, Innovations- und Bildungslandschaft politisch verantwortbar? Welche Lösungswege sehen Sie für das Problem?

*Wie bereits ausgeführt, lehnt die KPÖ diese Rankings an sich ab. Daher ist für ein besseres Abschneiden in diesen Rankings auch keine Schlechterstellung von einzelnen Fächern in den rechts-, sozial- oder kulturwissenschaftlichen Fakultäten zu rechtfertigen.*

e) Das Problem sachlich nicht gerechtfertigter, rankingorientierter Auf- und Abwertungen verschiedener Fakultäten, Disziplinen oder Fachbereiche macht nicht an den Grenzen einzelner Institutionen Halt. Denn Rankings motivieren durch ihre Benachteiligung fachlicher Breite zu einem generellen, die gesamte österreichische Forschungslandschaft betreffenden **Abbau komplexer Infrastrukturen**: Sie belohnen höchstmögliche **Spezialisierung und** die Konzentration auf möglichst wenige ausgewählte Felder (**Schwerpunkt-bildung**) – eine Tendenz, die sich auch in der überraschenden Anzahl neuer, themenspezifischer (Klein-) Universitäten zeigt. Dieser forschungs- und hochschulpolitische Trend geht davon aus, dass zukünftige wissenschaftliche Herausforderungen vorhersehbar seien, dass die aktuell minimierten oder aufgelassenen Wissenschaftsfelder im Bedarfsfall schnell wiederbelebt werden könnten und sich die aufgerissenen Lücken problemlos schließen ließen. Genau das ist aber nicht der Fall. Denn das nötige Wissen und Können muss aktiv tradiert werden: Auch wenn die entscheidende Fachliteratur zugänglich ist, benötigt es – abgesehen von etwaigen Laboren, Instrumenten usw. – Forscher:innen, die dieses Wissen anwenden und weiterentwickeln können. Deren Zahl lässt sich nicht auf Knopfdruck erhöhen, weshalb angesichts neuer Herausforderungen auch der internationale Arbeitsmarkt keinen Ausweg bietet. Das Problem wird dadurch weiter verstärkt, dass erfolgreiches Reagieren auf wissenschaftliche Herausforderungen immer stärker von interdisziplinären Teams in immer wieder neuen, nicht vorhersehbaren Zusammensetzungen abhängt. Forschungspolitisch ausschließlich auf Spezialisierung zu setzen, ist angesichts dieser Dynamik eine hochgradig riskante Entscheidung. Die zu lösenden Probleme werden zunehmend komplexer. Rechtzeitig ausreichend komplexe Antworten hierauf zu finden, ist davon abhängig, dass die bestehende Forschungslandschaft breit gefächert bleibt, dass multidisziplinäre Einrichtungen entsprechend erhalten und **interdisziplinäre Basiskompetenzen** gepflegt werden. Die Fähigkeit, mit komplexen interdisziplinären, sich schnell wandelnden Herausforderungen umzugehen, benötigt nachhaltige, stabile Strukturen, die breites Wissen, Flexibilität und Kreativität im Umgang mit Vielfalt fördern: Es benötigt Strukturen zur Sicherung von Kompetenzen, die durch die **Fortschritte KI-gesteuerter System** immer unverzichtbarer werden. Dichte, informelle Kontakte zwischen Forschenden verschiedener Disziplinen – komplexe Infrastrukturen – sind anerkannterweise das sicherste Erfolgsrezept für ziel- und zukunftsorientierte Innovationen. Wissenschaftshistorisch und -soziologisch ist diese „Dialektik von Innovation und Tradition“ – deren wechselseitige Abhängigkeit – gut erforscht und unumstritten. In der aktuellen Forschungs- und Innovationspolitik wird dieser Zusammenhang zurzeit jedoch nicht berücksichtigt. Wie schätzen Sie diese Problematik ein? Wie stehen Sie zu der von vielen Seiten geäußerten Empfehlung, den aktuellen **Rückbau komplexer Infrastrukturen** zu **begrenzen**? Für wie überzeugend halten Sie den Vorschlag, den derzeitigen Kurs der Spezialisierung und Schwerpunktbildung durch eine **komplementäre forschungs-, innovations- und hochschulpolitische Strategie** zu ergänzen?

*Die KPÖ lehnt wie bereits ausgeführt jede Entwicklung ab, die die gesamtgesellschaftliche Verantwortung von öffentlich geförderten Universitäten hin zu Ausbildungsorten mit Leistungsdruck und schlechten Arbeitsbedingungen für Angestellte abwickelt. Jeder Vorstoß für mehr multidisziplinäre Einrichtungen und interdisziplinäre Basiskompetenzen ist grundsätzlich begrüßenswert.*



## 4. Personalpolitik

---

- a) Was sollten aus Ihrer Sicht die wichtigsten **Leitprinzipien universitärer Personalpolitik** sein? Welche Ziele sind zu erreichen, welche Gefahren zu vermeiden?

*Es braucht eine Abkehr von Kettenverträgen und der Gängelung von wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen. Öffentliche Universitäten müssen ein guter Arbeitsplatz mit fairer Bezahlung sein und den Mitarbeitenden mehr Mitbestimmung einräumen.*

- b) Die vor einigen Jahren eingeführte „Universitätsfinanzierung neu“ zieht zur Berechnung der zuzuweisenden Budgetmittel einer öffentlichen Universität u.a. die Zahl ihrer Beschäftigten heran. Dieser Schritt ist nachvollziehbar. Er hat aber in den letzten Jahren eine **Dumpingpolitik im Personalbereich** und einen Wettbewerb zwischen den Universitäten um die niedrigsten Pro-Kopf-Personalkosten ausgelöst. Denn eine relative Steigerung günstigen Personals führt in der Konkurrenz mit anderen Universitäten zu einem höheren Anteil am Gesamtbudget. Verbreitete, weil einfache Maßnahmen in diesem Wettlauf sind Strategien zur Verbilligung der Lehre, ein gesenkter durchschnittlicher Qualifikationsgrad der Mitarbeiter:innen in Forschung, Lehre und Betreuung, die Förderung von Disziplinen mit einem hohen Bedarf an Hilfswissenschaftler:innen sowie gesteigerte Befristungsquoten (stark beschränkte Anrechnung von Vordienstzeiten). All diese Maßnahmen wirken zweifelsohne qualitätsmindernd, was von den (unter Druck stehenden) Universitätsleitungen derzeit allerdings in Kauf genommen wird. Denn diese Qualitätseinbußen werden von den aktuell verwendeten Kennzahlen entweder nicht erfasst oder führen sogar zu einem positiven Ergebnis (z.B. beim Rankingindikator Betreuungsrelation). Wie stehen Sie zu diesem Dumpingwettbewerb im Bereich der Personalkosten? Werden Sie sich für eine Korrektur des ihm zugrundeliegenden Anreizsystems einsetzen?

*Die KPÖ lehnt diese Entwicklung vollumfänglich ab und wird sich für eine Umkehr dieser Entwicklung durch eine faire Basisfinanzierung der öffentlichen Universitäten einsetzen.*

- c) Die Personalstruktur der öffentlichen Universitäten ist zurzeit durch ein starres, streng hierarchisches System geprägt, das Ansprüche auf Entscheidungsgewalt, Mitsprache und Rechte auf Einsichtnahme und Transparenzpflichten regelt. Einmal angeworben, gibt es für neue Beschäftigte keine Aufstiegsmöglichkeiten: Gehalt und Entwicklungsmöglichkeiten sind leistungsunabhängig und beinhalten keine Anreizsysteme für gesteigertes Engagement. Eine weitgehende Undurchlässigkeit prägt auch die Beziehung zwischen den einzelnen „Verwendungsgruppen“ (Forschung, Lehre, Administration, Drittmittel usw.). Aktuell wird die **Abschaffung dieses so genannten „Kuriensystems“** zugunsten international gängiger und erprobter Wege moderner und zeitgemäßer Personalpolitik diskutiert, so u.a. die Einführung eines Department- oder Facultymodells. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

*Grundsätzlich begrüßt die KPÖ den Abbau von Hierarchien und mehr Mitsprache und Rechte sowie Entscheidungsgewalt von Angestellten immer. Die Frage ist, ob das durch die Einführung eines Facultymodells allein erreicht werden kann.*

- d) Verbunden mit dieser starren und steil-hierarchischen Personalstruktur der öffentlichen Universitäten ist die Beschränkung auf einen einzigen Karriereweg: Im wissenschaftlichen Bereich existiert nur das Karriereziel einer Voll-Professur (zurzeit ca. 5-7% aller Stellen). Alle anderen Stellen sind befristet und verpflichten zu dauerhafter „Mobilität“, d.h. zum kontinuierlichen Wechsel der Forschungsstätte. Der Wechsel von der meist hochspezialisierten Drittmittelforschung in den universitären ‚Normalbetrieb‘ ist für erfahrene Wissenschaftler:innen – vor allem an der eigenen Institution und im eigenen Land – nahezu unmöglich. Im Normalbetrieb ist wiederum die Verschiebung von Schwerpunkten zwischen den Bereichen Forschung,

Lehre und Administration oder deren flexible Gewichtung in verschiedenen Karrierephasen nicht vorgehen. Auch international wird deshalb von vielen Seiten eine **Diversifizierung der Karrieremöglichkeiten** gefordert, die u.a. auch die Mobilität zwischen dem akademischen Sektor und anderen Berufsfeldern erleichtert. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

*Die KPÖ begrüßt diesen Vorschlag und setzt sich wie bereits oben ausgeführt grundsätzlich für die Abschaffung von befristeten Kettenverträgen ein.*

e) Angesichts des hohen Prozentsatzes befristet Beschäftigter an den öffentlichen Universitäten (knapp 80%) kündigte der derzeitige Bundesminister an, dieser Fehlentwicklung durch die Einführung einer Obergrenze (**Befristungshöchstquote**) entgegenzutreten. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben und dessen Zielsetzung?

*Eine geringere Anzahl befristet Beschäftigter wäre natürlich zu begrüßen. Wenn eine solche Obergrenze allerdings nicht zu Entfristungen, sondern zu Entlassungen führt, braucht es stattdessen mehr Geld für Personal.*

f) Die 2021 erfolgte Novelle des Universitätsgesetzes führte eine **zeitliche Obergrenze von 8 Jahren** für die Aneinanderreihung **befristeter Arbeitsverträge** ein. Die Hoffnung auf eine Steigerung des Prozentsatzes unbefristeter Verträge hat sich bislang nicht erfüllt. Belegbar ist stattdessen ein Braindrain ins Ausland, ein sich drastisch verringeres Interesse hochqualifizierter Personen, an Universitäten (weiter) zu arbeiten. Dementsprechende Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre sind inzwischen gut dokumentiert.<sup>4</sup> Aus diesem Grund wird zurzeit diskutiert, ob man die 8-Jahres-Obergrenze – insbesondere für das Drittmittelpersonal – wieder abschaffen sollte. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

*Die KPÖ sieht das gesamte Befristungsmodell kritisch. Es ist allerdings auch kein Weg, einfach wieder zum bisherigen System ewig unsicherer Anstellungen und jahrelangen aufeinanderfolgenden Befristungen zurückzukehren. Um grundsätzlich etwas zu ändern, braucht es mehr Geld der öffentlichen Hand für mehr gut bezahltes Personal in fixen Verträgen.*

## 5. Finanzierung

---

a) Österreichs öffentliche Universitäten werden teils durch staatliche Direktfinanzierung (Basisfinanzierung), teils durch befristete „Drittmittel“ (eingeworbene externe Mittel) finanziert. Letztere sind zum stark überwiegenden Teil wiederum öffentlichen Ursprungs. Mitbedingt durch die zentrale Bedeutung der Drittmittelinwerbung für Rankingplatzierungen fand in den letzten Jahrzehnten eine kontinuierliche, starke **Erhöhung der staatlichen Drittmittelförderung auf Kosten der Basisfinanzierung** statt. Allerdings hat die Vergrößerung des Drittmittelsektors auch in Österreich den kritischen Punkt bereits überschritten: Studien belegen, dass die Innovativität, Qualität und Produktivität der (immer befristeten) Drittmittelforschung inzwischen konstant sinken. Auch das Reviewsystem ist in einem Maß überlastet, dass qualitative Mindeststandards kompetitiver Mittelvergabe nicht mehr eingehalten werden können: Die Qualität der Begutachtung wird gesenkt, der Wettbewerb zwischen Einreichenden reduziert. Österreichs staatliches Drittmittelsystem wird damit zunehmend zu einer verkappten Direktfinanzierung, bei der **Aufwand und Nutzen in einem „Missverhältnis“** (Österr. Wissenschaftsrat) stehen und die Auflagen zur effizienten Verwendung öffentlicher Gelder nicht mehr eingehalten werden können. Zurzeit ist eine weitere Aufstockung der staatlichen Drittmittelgelder geplant. Wie stehen Sie zu diesem Vorhaben?

---

<sup>4</sup> Vgl. Julia Partheymüller, Petra Dannecker: *Zur Beschäftigungssituation im Mittelbau an der Universität Wien*, Wien 2024 ([Link](#)).

*Die KPÖ sieht Drittmittelfinanzierung grundsätzlich kritisch und lehnt Drittmittelfinanzierung durch Konzerne vollumfänglich ab.*

- b) Welche Relation zwischen Basis- und Drittmittelfinanzierung der öffentlichen Universitäten erachten Sie als zielführend? Besteht hier Ihres Erachtens Änderungsbedarf?

*Es braucht eine echte Basisfinanzierung durch die öffentliche Hand, keinen Ausbau der Drittmittelfinanzierung. Auf diese sollten öffentliche Universitäten gar nicht angewiesen sein.*

- c) Welche Möglichkeiten sehen Sie, im Bereich der staatlichen Drittmittelförderung zu einer akzeptablen **Kosten-Nutzen-Relation** zurückzukehren? Welche Wege sehen Sie, um die Effizienz des überforderten, hypertrophen Systems wiederherzustellen?

*Auch die staatliche Drittmittelförderung ist unserer Meinung nach kein geeigneter Weg. Es braucht die öffentliche Basisfinanzierung. Kosten-Nutzen-Rechnungen, wie viel Prozent der Hochschulfinanzierung Drittmittel sein dürfen, stellen sich für uns nicht.*

- d) Welche Möglichkeiten sehen Sie, einen ernstzunehmenden, **funktionierenden und transparenten Wettbewerb**, der institutionelle Vorabsprache ausschließt, im Bereich der staatlichen Drittmittelvergabe wiederherzustellen?

*Einen Wettbewerb der Institutionen um staatliche Drittmittel lehnen wir ab, da wir generell eine Abkehr von Drittmitteln fordern.*

## **6. Internationalisierung**

---

- a) Der Internationalisierung der öffentlichen Universitäten wird von der aktuellen Politik sehr hohe Bedeutung zugemessen. Was verstehen Sie unter „Internationalisierung“? Auf welche Bereiche sollte sie sich beziehen? Nach welchen **Kriterien** sollte „**Internationalität**“ (wenn überhaupt) gemessen werden: nach internationalen Kooperationen, Netzwerken, Publikationen, Lehr- und Forschungsinhalten oder Forschungsaufenthalten, nach der Unterrichtssprache, nach internationalem Personal oder der Studierendenmobilität?

*Eine zunehmende Internationalisierung der öffentlichen Universitäten und damit einen Wissensaustausch unter Studierenden und Lehrenden begrüßt die KPÖ. Unter Internationalisierung versteht die KPÖ ebendiese Grenzen überwindenden Austausch, nicht aber etwa eine Orientierung an internationalen Rankings und ein immer leistungsbasierteres Universitätsmodell nach anglo-amerikanischem Vorbild.*

- b) In Österreich wird die Internationalität eines Projekts oder einer Institution zurzeit über **Incoming-Outgoing-Statistiken** definiert: Bei Wissenschaftler:innen zählt das (direkt) aus dem Ausland neu angeworbene Personal (Incoming), bei Studierenden werden – wie beim Erasmus-Programm – Incoming- und Outgoing-Zahlen herangezogen. Andere Faktoren werden nicht berücksichtigt. Die österreichische Strategie der Hochschulinternationalisierung ist auf dieses Verständnis von „Internationalität“, das sich mit der entsprechenden Kennzahl in den Universitätenrankings deckt, exakt abgestimmt. Wie stehen Sie zu diesem Weg der Internationalisierung und seinen Zielsetzungen? Sehen Sie Veränderungsbedarf? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

*Die KPÖ würde viel mehr begrüßen, wenn Internationalität sich nicht nur an der Quantität des Austausches, sondern auch an der Qualität ebendieses Austausches orientiert. Viel entscheidendere Faktoren wären zum Beispiel, wie Studierende und Lehrende von diesem Austausch auch langfristig profitieren, sozialer Austausch gefördert wird und gesamtgesellschaftlich relevante Themen international betrachtet und gelöst werden.*

- c) In den aktuellen Hochschulplänen (bis 2030 bzw. 2050) wird den Universitäten eine klar bezifferte Steigerung der Auslandsanwerbungsquote im Bereich des wissenschaftlichen Personals vorgegeben. Allerdings kommen die besten Bewerber:innen nicht zwingend aus dem Ausland. Dies führt an einigen rankingorientierten Universitäten zu einer systematischen **Ungleichbehandlung inländischer und ausländischer Bewerber:innen** und zur Verletzung des Ausschreibungsgesetzes und des Diskriminierungsverbots. Welche Lösung schlagen Sie für diesen Zielkonflikt zwischen optimierter Rankingplatzierung und rechtskonformen Verfahren vor?

*Ein rechtskonformes Verfahren darf nicht für optimiertere Rankingplatzierungen geopfert werden. Systematische Ungleichbehandlungen inländischer und ausländischer Bewerber:innen dürfen nicht unter Rankings gereiht werden.*

- d) Sind Sie der Ansicht, dass die Ungleichbehandlung inländischer Bewerber:innen in Personalauswahlprozessen der letzten Jahre **gegebenenfalls aufzuarbeiten** ist? Wenn ja, wie ist hier Ihres Erachtens vorzugehen?

*Es braucht in jedem Fall einen Ausgleich zwischen Ungleichbehandlungen und dem Diskriminierungsverbot. Inländische und ausländische Bewerber:innen dürfen nicht gegen einander ausgespielt werden.*

- e) In mehreren europäischen Ländern werden die Bemühungen um maximale Hochschul-Internationalisierung wieder reduziert, da sich die hiermit verknüpften Hoffnungen (gestärkter Arbeitsmarkt, verbesserte Forschung und Lehre, Diversifizierung der Leistungen) kaum erfüllt haben. Stattdessen wurden hierdurch – auch in Österreich – grobe **Fehlentwicklungen** ausgelöst. Denn die internationalen Studierenden ziehen nach Studienabschluss mehrheitlich weiter, der talentierteste österreichische Nachwuchs wandert hingegen ab, ohne zurückzukehren. Ebenso folgenreich sind das Schwinden österreichbezogener Forschung und Expertise und ein geringes Interesse des internationalen (Führungs-) Personals an österreichischer Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit (hohe Fluktuation, Sprachbarrieren, Elfenbeinturm-Mentalität). Lokal und national bedeutende Wissenstraditionen und Forschungszweige reißen ab (z.B. österreichische Forschungs-, Innovations- und Technologiegeschichte, österr. Arbeiterbewegung, österr. Volksmusik, Wiener Schule der Nationalökonomie, österreichbezogene Kunst- und Theaterwissenschaft usw.) und führen zu einer sinkenden Sichtbarkeit Österreichs in der internationalen Forschung und Öffentlichkeit. Sogar zu den weltweit gefeierten Errungenschaften der Wiener Moderne in Kunst (Klimt, Schiele, Kokoschka) und Wissenschaft (Popper, Gödel, Schrödinger) gibt es – einschließlich der bemerkenswerten Geschichte der MINT-Fächer in Österreich – an hiesigen Universitäten keine Forscher:innen mehr. Auch andere, bisher als selbstverständlich erachtete Leistungen der öffentlichen Universitäten fallen zunehmend aus. Schwerwiegend ist dies insbesondere hinsichtlich der Leistungen der öffentlichen Universitäten zugunsten des sozialen Zusammenhalts, der kollektiven Identität, in den Bereichen der Politikberatung und der Wahrnehmung von Aufgaben in der medialen Öffentlichkeit. Wie stehen Sie zu diesen Folgen des österreichischen Wegs der Hochschulinternationalisierung? Sehen Sie Veränderungsbedarf? Wenn ja, was schlagen Sie vor?

*Um Personen auch über ihr Studium hinaus in Österreich zu halten braucht es keine Verteufelung internationaler Studierender oder das Einziehen von Hürden, sondern viel mehr eine Verbesserung der Anreize auch in Österreich zu bleiben, sprich finanzielle Anreize und ein besserer Zugang zum Arbeitsmarkt.*

- f) In einigen Ländern wird aufgrund dieser Fehlentwicklungen bereits mit expliziten oder impliziten Mindest- oder Höchstquoten gearbeitet, die mit der Regelung des Zugangs zum österreichischen Medizinstudium vergleichbar sind. Wie stehen Sie zur Einführung dementsprechender Quoten?

## 7. Autonomie und Management, Partizipation und Kontrolle

---

- a) Mit dem Universitätsgesetz von 2002 (UG 2002) wurden die öffentlichen Universitäten aus der staatlichen Hoheitsverwaltung in die Selbstverwaltung entlassen. Wie beurteilen Sie die **Entwicklung der Universitätsautonomie** der letzten 20 Jahre? Was ist gelungen und sollte gegebenenfalls verstärkt werden? Wo sehen Sie Defizite und Veränderungsbedarf?

*Die Autonomie der öffentlichen Universitäten sieht die KPÖ sehr positiv. Allerdings nimmt die politische Einmischung an den Hochschulen durch Veränderungen des Unirats und der hochschulinternen Demokratie und Mitbestimmung mit Novellierungen des UG stetig zu. Diese Entwicklung lehnt die KPÖ ab. Vielmehr braucht es eine Stärkung der universitären Mitbestimmung.*

- b) Seit der Einführung der Universitätsautonomie gehört auch die Gestaltung der Verträge mit Verlagen zugunsten der Universitätsbibliotheken in den Bereich privatrechtlichen Agierens. Zum Problem ist hier geworden, dass die großen Anbieter **digitaler Ressourcen** (Fachzeitschriften, Lehrbücher usw.) gewinnorientiert arbeiten und den einzelnen Universitäten aufgrund ihrer Verhandlungsübermacht die von ihnen erwünschten Bedingungen diktieren können. Diese Asymmetrie hat dazu geführt, dass die Verlage die Forderung durchsetzen konnten, dass nur Universitätsmitarbeiter:innen und aktiv Studierende Zugriff auf die digitalen Quellen haben. Für alle anderen – Lehrer:innen, Journalist:innen, Politiker:innen, die außeruniversitäre Forschung sowie die interessierte Öffentlichkeit – sind die „E-Ressourcen“ der Universitätsbibliotheken nicht zugänglich. Im besten Falle gelangen sie bei der Recherche an eine Paywall, aber auch dies ist nicht immer der Fall. Printversionen werden immer seltener angekauft. Dies bedeutet, dass die **österreichische Öffentlichkeit** den digitalen Wissensbestand der Universitätsbibliotheken zwar finanziert, hierzu aber – im Gegensatz zur Regelung im Printbereich – **keinen Zugang** hat. Der Versuch, gegenüber den großen Verlagen auf nationaler Ebene zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gelangen, ist gescheitert und in Vergessenheit geraten. Erachten Sie dies als Problem? Wenn ja, für welchen Lösungsweg plädieren Sie?

*Das erachtet die KPÖ als großes Problem! Daher braucht es ein entschlossenes Vorgehen. Was die öffentliche Hand bezahlt, muss auch allen zur Verfügung stehen.*

- c) Im Gegensatz zu anderen, in denselben Jahren erfolgten Ausgliederungen konnte im Bereich der öffentlichen Universitäten aufgrund ihrer komplexen, gesamtgesellschaftlichen Aufgaben auf **keine erprobten Führungs- und Managementmodelle** zurückgegriffen werden. Zurzeit dominieren die (in der Privatwirtschaft inzwischen unüblichen) Modelle des Total Quality Management sowie des Metric Management. Beide führen in der Umsetzung zu fordistischen Tendenzen, die sich zwar im Einzelfall in den Rankings kurzfristig positiv niederschlagen können. Zukunftsorientierte, nachhaltige, politisch verantwortbare Wissensarbeit in Forschung und Lehre muss allerdings anders organisiert werden als Fließbandarbeit. Eine Verengung des Blickwinkels, eine Zerteilung des Arbeitsablaufs zugunsten einer höchstmöglichen Spezialisierung, eine Überwachung und Messung aller Handgriffe zugunsten einer maximalen Homogenisierung des Outputs – dies ist ein **ungeeignetes Rezept für zukunftstaugliche Forschungs-, Bildungs- und Innovationssysteme**. Wie schätzen Sie die Notwendigkeit einer Modernisierung des Managements der öffentlichen Universitäten ein? Welches Vorgehen schlagen Sie für die Suche nach geeigneten, zeitgemäßen Managementmodellen vor?

*Die Verwaltung öffentlicher Universitäten darf grundsätzlich nicht als Management gedacht werden. Hochschulen müssen möglichst demokratisch geführt werden. Leitungsorgane dürfen nicht wie in einer Firma die Hochschulen als Ausbildungsort von Humankapital verwalten. Es braucht daher demokratisierende Maßnahmen.*

- d) Die im Winter 2023 beschlossene neue *Europäische Charta für Forschende* fordert die Anerkennung des Umstands, dass die Wissenschaftler:innen die wichtigste Ressource von Forschungsinstitutionen sind. Hiermit verbunden wurden Studien, Aktionspläne und Empfehlungen für eine **politische Kehrtwende mit dem Ziel „to attract and retain the best talents“** für die europäische Forschungs- und Hochschullandschaft. Die zentralen Empfehlungen lauten: 1) Aufwertung der Mitarbeiter:innen, ihres Wissens, ihres Könnens und ihrer Potenziale, 2) nachhaltige Verbesserung ihrer von Prekarität, zynischen Anreizsystemen und steigendem Existenzdruck gekennzeichneten Arbeitsbedingungen (Prekarisierung, Metrifizierung) sowie 3) attraktivere Karriereoptionen (Diversifizierung nachhaltiger Karrierewege). Alle drei Handlungsfelder überschneiden sich mit dem von der OECD eingemahnten Kurswechsel im Hinblick auf die Freiheit von Lehre und Forschung: Diese sei, Analysen zufolge, „bedenklich rückläufig“ und sollte zugunsten der Qualität und Innovativität des Forschungsraums durch aktive Maßnahmen wieder gestärkt werden. Sind diese Empfehlungen Ihres Erachtens ernstzunehmen? Sind die damit verknüpften Policy-Ratschläge auch in Österreich aufzugreifen und umzusetzen? Wenn ja, wann und in welchem Ausmaß sollte dies stattfinden?

*Das sollte in jedem Fall auch in Österreich umgesetzt werden. Im besten Fall sollte eine neue Regierung das so schnell wie möglich angehen.*

- e) Mit der Einführung der Universitätsautonomie wurden die Mitbestimmungs-, Einsichts- und Kontrollrechte der Mitarbeitenden und Studierenden zugunsten schmäler, hierarchisch strukturierter Führungsebenen weitgehend aufgehoben. Zugleich standen keine erprobten Governance- und Kontrollinstrumente zur Verfügung, um der Politik – trotz staatlicher Finanzierung – ausreichend Einsichts-, Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten bei Fehlentwicklungen zu gewähren. **Zurzeit wird diese Form der Universitätsautonomie wieder schrittweise reduziert**, da auch hier Kennzahlensysteme und Statistiken bei wichtigen Fragen – insbesondere bezüglich der politischen Verantwortung bei Missständen – nicht ausreichen. Gestärkt wird dieser Trend durch ein wachsendes Interesse an der (partei-)politischen Beeinflussung der Besetzung von Führungspositionen. Wie sehen Sie diese Entwicklung? Wurde Ihres Erachtens ausreichend nach **Alternativen zur Wiedereinschränkung der Universitätsautonomie** gesucht? Sehen Sie solche Alternativen?

*Spätestens mit den letzten beiden Novellierungen des UG ist der Versuch der politischen Einflussnahme mit freiem Auge sichtbar. Die KPÖ setzt sich für demokratischere Universitätsleitungen, eine Wiedereinführung der Drittelparität im Senat sowie ein Ende der politischen Einflussnahme im Unirat ein.*

- f) Angesichts der seines Erachtens ungelösten Governance- und Kontrollprobleme der öffentlichen Universitäten (Schwachstellen bei Leistungsvereinbarungen, Audit-System, Datenbasis für Rechnungshofkontrolle usw.) empfahl der Österr. Wissenschaftsrat den Rückgriff auf ein lange erprobtes, bewährtes und kostengünstiges Kontrollinstrument: Er plädierte für die erneute **Stärkung der Mitsprache- und Einsichtsrechte aller Mitarbeiter:innen**. Erinnerungswürdig ist bei diesem Vorschlag, dass die Einführung der Universitätsautonomie (2002) auf der Annahme basierte, dass Wissenschaftler:innen ‚ihre‘ Institution besser managen als die Politik oder andere Außenstehende (z.B. Manager:innen aus fremden ‚Branchen‘). Dies wurde mit drei Argumenten begründet: Wissenschaftler:innen weisen bezüglich der Eigenheiten des Universitäts- und Wissenschaftssystems eine höhere Expertise auf und können Qualität besser und schneller

einschätzen; sie sind durch eine vergleichsweise überaus hohe intrinsische Motivation gekennzeichnet; sie sind von guten oder schlechten Managemententscheidungen direkt betroffen und haben ein entsprechend hohes Eigeninteresse an einem international konkurrenzfähigen, bestmöglichen Arbeitsumfeld. Vor dem Hintergrund dieser Argumente nimmt die aktuell diskutierte Frage nach einem Mehr oder Weniger universitärer Autonomie eine andere Gestalt an. Denn zur Diskussion stehen nicht nur die Optionen der Stärkung oder Schwächung der Autonomie. Vielmehr bringt der Vorschlag des Österreichischen Wissenschaftsrates auch die Frage ins Spiel, *wem* die – wie auch immer definierte – Autonomie zu gewähren ist. Um *wessen* Autonomie geht es? Die ÖWR-Empfehlung zur Stärkung der inneruniversitären Partizipation und Teilhabe macht damit eine Handlungsoption sichtbar, die bislang übersehen wurde. Sie zeigt auf, dass die Autonomie öffentlicher Universitäten nicht zwingend mit dem Modell autonomer Rektorate gleichgesetzt werden muss. Zur aktuellen Tendenz der Einschränkung der 2002 gewährten Autonomie zugunsten verstärkter politischer Eingriffsrechte gibt es folglich eine Alternative, die es zu erproben gälte. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag des Wissenschaftsrats? Wie stehen Sie zu der darin enthaltenen Empfehlung, das **Konzept der Universitätsautonomie neu zu denken** und dementsprechend **weiterzuentwickeln**?

*Die KPÖ begrüßt diesen Vorschlag und steht ihm offen gegenüber.*

## **8. Vorhaben in Regierungsverhandlungen und Legislaturperiode**

---

a) Welchen Stellenwert weisen Sie der Forschungs-, Innovations-, Universitäts- und Bildungspolitik im Programm Ihrer Partei/ Bewegung/ Liste zu?

*Die KPÖ ist vor allem Partei für leistbares Wohnen und Soziales. Als antikapitalistische Partei ist uns aber auch die Bildungspolitik von der Wiege bis zur Bahre sowie die Forschungspolitik ein großes Anliegen, da es auch hier um Grundbedürfnisse des Menschen geht, die nicht der Profitmacherei überlassen werden dürfen.*

b) Wie wichtig sind Ihnen die oben skizzierten Probleme und Potenziale der öffentlichen Universitäten, die – im Gegensatz zu anderen Hochschultypen – an der Schnittstelle des Forschungs- und Bildungssystems angesiedelt sind und dem Allgemeinwohl, der Öffentlichkeit und in diesem Sinne auch einer bestmöglichen österreichischen Politik verpflichtet sind?

*Als Partei mit einem seit jeher sehr aktiven Studierendenverband sind uns Hochschul- Thematiken immer schon ein großes Anliegen.*

c) Gibt es Punkte, die Ihnen wichtig sind, zuvor noch nicht genannt wurden und zu denen Sie Stellung beziehen möchten?

---

d) Welche Punkte würden Sie gegebenenfalls in Regierungs- bzw. Koalitionsverhandlungen als Ihre wichtigsten Anliegen einbringen?

*Die KPÖ strebt im kommenden Nationalrat keine Regierungsrolle an, sondern möchte als Oppositionskraft die etablierten Parteien an ihre Versprechen erinnern und bei wichtigen Themen Druck machen.*

e) Wie stehen Sie zur aktuellen Aufteilung der Agenden zwischen den Ministerien? Sind Sie für deren Beibehaltung? Oder plädieren Sie für eine Veränderung?

*Ein Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist an sich ein gutes Modell. Es fehlt nur die richtige Politik dazu.*

f) Wie sehr sind Sie an der konkreten Mitgestaltung der Forschungs-, Innovations-, Hochschul- und Bildungspolitik interessiert? Sind Sie an der Übernahme der Verantwortung einer der Agenden des (jetzigen) BMBWF oder (jetzigen) BMK interessiert?

*Siehe Frage 8d.*